



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 11.07.2015:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info und dnr-online.ru

Lug-info.com: Pressekonferenz des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die politische Gruppe der Kontaktgruppe muss festlegen, wie genau die Wahlen in der LVR, die für den 1. November geplant sind, durchgeführt werden.

„Das Datum steht fest, 1. November, wie sie durchgeführt werden, muss die Gruppe zu politischen Fragen entscheiden“, sagte er:

Die Wahlen werden unabhängig von Einsprüchen der Ukraine durchgeführt, versicherte er.

„Wir unsererseits werden die Minsker Vereinbarungen erfüllen. Die Wahlen müssen durchgeführt werden. Dies ist eine Norm, die im Maßnahmenkomplex vorgesehen ist, und wir können in keiner Weise von dieser Norm abgehen“.

„Es wird vorgeschlagen, die Wahlen nach den grundsätzlichen Positionen durchzuführen, die wir in dem Entwurf für ein Gesetz vorgeschlagen haben, das wir der ukrainischen Seite zur Erörterung übergeben haben und unter Berücksichtigung der Besonderheiten, die der Maßnahmenkomplex vorsieht. Diese Wahlen werden streng im Rahmen der Vereinbarungen vorbereitet und durchgeführt werden, unabhängig davon, ob die Ukraine uns in dieser Frage entgegen kommt oder nicht“, fasste Dejnego zusammen.

Treffen der Unterarbeitsgruppen und der Kontaktgruppe werden am 21. Juli stattfinden, am 14. und am 28. Juli finden nur Treffen der politischen Untergruppe statt.

„Im Juli sind vier Treffen geplant – zwei im vollen Format am 7. und 21. Juli, plus zusätzlich Treffen der politischen Untergruppe am 14. und 18. Juli.“

„Am Dienstag, den 14. Juli besteht die Hoffnung, dass wir uns in dieser Richtung vom toten Punkt wegbewegen werden und zur Erörterung der Modalitäten der Wahlen und der Verfassungsreformen zurückkehren werden“, fügte Dejnego hinzu.

Die Vorschläge der LVR und der DVR zur Einfügung von Änderungen in die Verfassung der Ukraine, zum Gesetz über örtliche Wahlen, wurden in der politischen Untergruppe in Minsk erörtert, eine Teil der Thesen wurde einvernehmlich abgestimmt.

„Um diese Normen zu realisieren haben wir schon am 13. Mai unsere Vorschläge zur Einfügung von Änderungen in die Verfassung, zum Gesetz über die Wahlen zu den Organen der örtlichen Selbstverwaltung in den einzelnen Bezirken sowohl der Ukraine wie auch der Kontaktgruppe geschickt.“

„Diese Entwürfe wurden über einen Monat ohne Beachtung gelassen, aber mit dem Beginn der Arbeit der Untergruppe wurden sie auch an die Teilnehmer der Arbeitsgruppe übergeben und auch persönlich an Gorbulin, obwohl heute in der Öffentlichkeit oft Erklärungen auftauchen, dass die ukrainische Seite nichts über diese Vorschläge weiß und nicht erörtert hat“, sagte Dejnego.

„Dennoch hat die Arbeitsgruppe real an diesen Dokumenten gearbeitet. Sie haben die

Dokumente erörtert und ein Teil der Thesen wurde abgestimmt, teilweise gab es eine recht aktive Diskussion. De Arbeitsgruppe arbeitet an diesen Dokumenten“, fasste Dejnego zusammen.

„Was den August betrifft, ist am 3.8. eine Sitzung der Kontaktgruppe geplant, dort wird aber die Untergruppe zur Ökonomie fehlen und am 26. August wird eine Sitzung aller vier Gruppen und der Kontaktgruppe sein. Dazu schlägt die Kontaktgruppe zur Ökonomie vor, sich am 11. August zu treffen“, erklärte Dejnego.

„Das heißt für den August sind vorläufig drei Daten festgelegt, aber dieser Plan ist nicht statisch, es ist ein perspektivischer Plan“, unterstrich er.

„Wir haben von der ökonomischen Gruppe die Anfrage nach genaueren Details unserer Vorschläge zu Objekten der Wasserversorgung erhalten. Sie bitten, Prioritäten aus unserer Sicht zu diesen Objekten aufzustellen, die wir planen wiederaufzubauen. Von der Position des Koordinators der Gruppe läuft ein recht konstruktiver Prozess der Vorbereitung der Erörterung dieser Fragen auf der Sitzung der Arbeitsgruppe zu ökonomischen Fragen.“ Dabei kämpft die Untergruppe nach den Worten Dejnegos mit bestimmten Schwierigkeiten bei den Arbeiten an dem Projekt zum Wiederaufbau der Wasserversorgung der LVR. Insbesondere „versucht Kiew sie nur auf seinem Territorium wiederaufzubauen“.

„Was die Wasserversorgungssysteme betrifft, so fassen sie aus irgendeinem Grund irgendwie die Frage der Wiederherstellung der Infrastruktur seltsam auf. Es ist klar, die Rede ist von der LVR und der DVR und sie schlagen zur Wiederherstellung die Objekte der Wasserversorgung vor, die sich auf den nördlichen Territorien befinden und die keinerlei Beziehungen zur Wasserversorgung unseres Territoriums haben“, sagte er.

„Wir haben in unseren Vorschlägen auch eine Reihe von Objekten angegeben, die sich auf jener Seite befinden, aber von der Arbeit dieser Objekte hängt das Wasser bei uns ab. Und wenn wir diese Objekte wiederaufbauen, werden auch wir Wasser haben und die nördlichen Bezirke. Sie aber gehen sehr selektiv an diese Frage heran – wie kann die Wasserversorgung so organisiert werden, dass die Probleme mit dem Wasser bei uns nicht verschwinden, die heute sehr aktuell sind und mit dieser Hitze eine immer größere Aktualität bekommen“, fügte Dejnego hinzu.

Er sagte, dass die Vertreter der Republiken bisher noch keine Einladung zur Sitzung der Kontaktgruppe am 21. Juli erhalten haben.

„Nein, für den 21. Juli haben wir noch keine Einladung erhalten, aber es wäre eine unlogische Praxis, wenn wir diese heute erhalten würden. Normalerweise kommt diese Einladung einige Tage vor der Durchführung der Gruppe“, sagte er.

„Für die Arbeitsgruppe zu politischen Fragen gibt es eine Einladung, Ort und Zeit sind schon festgelegt“,

Die LVR studiert die Erfahrungen zur Demilitarisierung Schirokinos, die im Fall eines Erfolgs dieser Maßnahme „weiterverbreitet“ werden kann.

„Was die Demilitarisierung betrifft: Diese Frage betrifft nicht ganz unser Territorium, es sind unsere Nachbarn – die Donezker. In Schirokino wird eine Demilitarisierung nach den grundsätzlichen Positionen durchgeführt, die erklärt und vorläufig vereinbart wurden. Sie haben praktisch schon ihre Abteilungen aus Schirokino abgezogen und nun läuft dort eine Etappe der Abstimmung von Fragen der Sicherung der Ordnung auf diesem Territorium, d.h. einzelne Nuancen, wie man das Leben auf diesem Territorium organisiert, wenn keine bewaffneten Abteilungen der DVR dort sind“, sagte er.

„Diese Erfahrung wird studiert werden, in welcher Weise dies realisiert wird, wie die Tätigkeit auf diesem Territorium gesichert wird und weiter ist es möglich, bei Erfolg dieser Initiative, dass dies weiterverbreitet wird. Bisher wird nur der Teil erfüllt, der bei den Verhandlungen der Arbeitsgruppe zu Sicherheitsfragen bestimmt wurde“, erklärte Dejnego.

„Die Ukraine nimmt in dieser Frage weiterhin eine abwartende Haltung ein. Deshalb sind wir den Ereignissen etwas zuvor gekommen und haben erklärt, dass wir bereit sind, die Erfüllung des Maßnahmekomplexes in dieser Frage (den örtlichen Wahlen) selbständig und unabhängig von den Wünschen der Ukraine abzusichern. In Zusammenhang damit ist die Erklärung des Republikoberhauptes herausgekommen, er erklärte, dass wir die Wahlen am 1. November durchführen werden“, erklärte er.

„Dies ist nicht der einzige Schritt, das gleiche haben wir auch vor bei der Frage des besonderen Status zu tun“, erklärte Dejnego.

„Alles, was von uns abhängig ist bei der Realisierung und Absicherung eines besonderen Status, werden wir unabhängig von den Wünschen der Ukraine erfüllen“, erklärte er. Die weitere Konkretisierung der Minsker Vereinbarungen ist im September im Rahmen eines Prozesses möglich, den die Medien schon nicht ganz richtig „Minsk-3“ genannt haben. Dejnego unterstrich insbesondere, dass es „keine Alternativen zu den Minsker Vereinbarungen gibt“.

„Diesen „Minsk-2“ zu nennen ist in meiner Sicht nicht richtig. Es ist eher der Terminus „Wegkarte“ zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zutreffend. Sie nennt sich Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen. Es ist keine zweite Variante, es ist nicht „Minsk-2“, sondern grundsätzlich ist es die Entwicklung desselben Minsker Prozesses“, erklärte er.

Dabei sagte Dejnego, dass im September der Minsker Prozess möglicherweise zusätzlich konkretisiert wird.

Er erklärte, dass die Ukraine ein Gesetz „Über den besonderen Status einzelner Territorien“ angenommen hat, aber nur als Deklaration und seinen Inhalt blockiert hat.

„Das heißt, es gibt ein Gesetz – aber einen besonderen Status gibt es nicht. Es gab ihn von Anfang an nicht, weil das Subjekt des besonderen Status nicht festgelegt wurde und dann wurden einfach die Paragraphen blockiert, die diesen besonderen Status bestimmen“, erklärte Dejnego.

„Möglicherweise wird es in diesem Teil Konkretisierungen und zusätzliche Aufgaben zur Realisierung der Normen geben, die wiederum schon im September 2014 festgelegt wurden“, fügte er hinzu. „Deshalb ist es möglich, darüber zu reden, dass es irgendein „Minsk-3“ geben wird, ja das ist möglich – es ist die weitere Konkretisierung der Aufgaben zur Realisierung des Dokuments, das im September unterschrieben wurde“.

„Solche Konkretisierungen sind möglich, die der Ukraine sagen werden: „Sie müssen nicht einfach die Deklaration der Existenz eines Gesetzes „Über den besonderen Status“, festlegen, sondern es muss Kontaktpunkte für eine Realisierung des besonderen Status haben“, sagte Dejnego.

Nach seiner Meinung ist dies damit verbunden, dass „die Ukraine weiter so tut, dass sie das Problem nicht versteht“.

„In dieser Form können zusätzliche Forderungen aufgestellt werden, aber die „Minsk-3“ zu nennen, ist eindeutig nicht richtig.

„Dies alles sind Etappen der Entwicklung eines Prozesses, wobei der Grund für das Auftauchen dieser Etappe die Ausflüchte sind, auf die die ukrainische Seite kommt, um bei formalem Anschein einer realen Erfüllung nichts zu tun. Leider haben wir damit ständig zu tun“, erklärte er.

„Aber hier dennoch haben wir hier die Hoffnung auf die Aussagen, die es in Ufa gab und die Aussagen, die auf internationaler Ebene geäußert wurden. Die Aufgaben, die die „normannischen Vier“ stellen, und die „normannische Vier“ ist in unserer Situation die letzte Instanz, an die wir appellieren können. Sie haben die Verantwortung für die Kontrolle der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen übernommen, sie sind verpflichtet zu kontrollieren, wie jede der Seiten an die Realisierung des Minsker Maßnahmenkomplexes herangeht, in welchem Maße die Seiten konstruktiv handeln, und Maßnahmen dafür zu ergreifen, um alle Seiten zu verpflichten, streng im Rahmen des Maßnahmenkomplexes zu handeln“, fügte Dejnego hinzu.

„Der Maßnahmenkomplex sieht vor, dass die Ukraine die Rentenzahlungen an alle Rentner auf unseren Territorien garantieren muss. Die Form der Realisierung dieser Norm wird etappenweise betrachtet. Für eine erste Etappe ist die Eröffnung von zwei Auszahlungspunkten vorgesehen – einer in der LVR, ein zweiter in der DVR“, erinnerte er.

„Unser erster Vorschlag war je eine Abteilung einer ukrainischen Bank in Donezk und in Lugansk zu eröffnen. Wir hatten schon einen solchen Versuch, wir haben versucht eine Abteilung der „Ukrsibbanka“ in Gang zu bringen, aber dies ist nicht gelungen. Jetzt stellt sich die Frage, dass ein Punkt in Donezk und ein anderer in Lugansk mit der Arbeit beginnt.“

„Die erste Reaktion der Ukraine war so: sie fürchten sehr einen Auszahlungspunkt

unmittelbar auf unseren Territorien zu eröffnen, deshalb schlagen sie vor, die Möglichkeit der Organisation von mobilen Auszahlungspunkten an der Abgrenzungslinie zu betrachten. Und unsere Argumente dazu, dass, Entschuldigung, dort bis heute immer noch geschossen wird, hat sie irgendwie gar nicht gestört. Es entsteht der Eindruck, dass sie darauf sogar zählen, dass wir davor zurückschrecken, dass sie dort schießen und wir sagen werden „nein, das wollen wir nicht“, meint Dejnego.

„Gut, wir haben unsere Vorschläge für Punkte an der Abgrenzungslinie vorgelegt. Die Reaktion der Ukraine: Nun, das ist doch gefährlich“. Gut, geben Sie uns Vorschläge, wo man Auszahlungspunkte an der Abgrenzungslinie einrichten kann, um ihre ungefährliche Arbeit zu garantieren. Bei gegenseitigem Wunsch ist das aus meiner Sicht an jedem Punkt möglich. Dafür muss man bewusst an diese Frage herangehen und sagen: „ja wir stellen den Beschuss ein“, sagte er.

„Weiter wurde eine aus meiner Sicht sehr interessante Frage gestellt. Gut, wenn wir die Auszahlungspunkte bestimmt haben, ist die ukrainische Seite bereit diese Auszahlungen zu beginnen? Dazu konnten wir nicht Verständliches hören. Wir haben weder „ja“ noch „nein“ gehört. Aus meiner Sicht würden sie, wenn sie dazu bereit wären, sagen „Wir sind bereit“. Aber wenn Menschen versuchen dieser Frage auszuweichen, so heißt das, dass sie nicht bereit sind zu zahlen. Aus meiner Sicht wird es in der nächsten Zeit sehr schwer sein, in dieser Richtung ein Ergebnis zu erhalten“, meint Dejnego.